

Gemeindebetrieb und Gemeindefinanzen.

Die Gebühren für die nicht sehr erfreulichen Leistungen der städtischen Unternehmungen Wiens werden demnächst wiederum und in einer geradezu ungeheuerlichen Weise erhöht. Die Kosten für den Verbrauch von Gas und Elektrizität, für die Benützung der Straßenbahnen werden in den meisten Haushaltungen bereits einen ansehnlichen Bruchteil des Einkommens des Familienerhalters aufzehren. Die Wellen der Teuerung müssen neuerlich steigen, und viele Bewohner, die sich durch Ueberwälzung der Preissteigerung nicht auf der Oberfläche halten können, mit dem wirtschaftlichen Untergang bedrohen. Dabei ist es schon im voraus als sicher anzunehmen, daß auch mit den jetzigen maßlosen Gebührenerhöhungen eine dauernde Ordnung des Haushaltes der Gemeindebetriebe nicht erzielt werden kann. Nicht nur deshalb nicht, weil die gewaltigen Kosten für die Verzinsung und Tilgung der zukünftigen umfassenden und unvermeidlichen Investitionen noch nicht berücksichtigt sind, sondern vor allem deswegen, weil die städtischen und staatlichen Unternehmungen bei den jetzigen politischen Verhältnissen den Wünschen des Personals viel geringeren Widerstand entgegensetzen können als der private Unternehmer. Diesem gegenüber haben sie aber schon kraft ihres monopolartigen Charakters, den Vorteil, die Preise zumeist einseitig bestimmen zu können. Die Gebühren, die sie der Bevölkerung auferlegen, richten sich somit nach den Kosten, auf welche Höhe diese auch anwachsen mögen. Der Privatbetrieb muß aber in normalen Zeiten, wenn er bestehen will, die Kosten herabdrücken, und wenn er Lohn- und Gehalts erhöhungen zubilligt, dem vermehrten Aufwand durch eine zweckmäßigere Organisation, durch Einführung arbeitssparender Maschinen, durch strenge Sparsamkeit usw. begegnen. Darum ist es kein Zufall, sondern nur eine natürliche Erscheinung, daß nicht in staatlichen und städtischen, sondern lediglich in privaten Betrieben alle Erfindungen und Verbesserungen, denen wir die großartige Entwicklung der Technik verdanken, ihren Ursprung haben. Die großen Massen sehen jetzt nur die freilich sehr erheblichen Nachteile der Kapitalverbindungen und verweisen, daß deren Wirken den Menschengeist aufs höchste anspornt und uns zu ungeahnten Errungenschaften geführt hat. Die Betriebe öffentlich-rechtlicher Korporationen sind, wir sehen es jetzt nur allzu deutlich, widrigen Zeitumständen nicht gewachsen.

Wenn aber die Großbetriebe der Stadt Wien sich bestenfalls, bei ungeheuerlicher Inanspruchnahme der Gemeindegassen, nur mit Mühe und Not selbst erhalten können und unvermögend sind, das Rückgrat des städtischen Haushaltes zu bilden — woher soll die Gemeinde die Mittel nehmen, um ihre großen Aufgaben zu erfüllen? Aus den Steuergeldern aller Kronländer des früheren Oesterreichs, ja teilweise aus den der Gesamtmonarchie, wurden die Ausgaben gedeckt, die die in Wien gelegenen verschiedenartigen Zentraleinrichtungen des Staates verursacht haben. Aus diesen Einrichtungen zog die Stadt fruchtbare Säfte, die jetzt zum größten Teil versiegen. Ebenso müssen die Umlagen von der besonderen Erwerbsteuer dahinschwimmen, weil gerade die kapitalkräftigsten Unternehmungen ihren Sitz in andere Länder verlegen müssen und die Stadt ihre Tangente verliert. Die Umlagen auf die Gebäudesteuer werden, da Hauszinssteigerungen für längere Zeit ausgeschlossen sind, zu einer feststehenden Riffer, und neue Steuerquellen können in einer Stadt, die durch den Krieg so furchtbar in Mitleidenschaft gezogen wurde und die die steigende Arbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen vermag, kaum entdeckt werden. Wo soll die Stadt größere Einnahmenschancen entdecken?

Die Struktur der Großstädte ist derart, daß sie bei gedeihlicher Wirtschaft wachsen, ihre Bevölkerungszahl vermehren müssen. Wiens Bevölkerungszahl wird aber, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, in den nächsten Jahren abnehmen. Nur wenige stellen sich die volle Bedeutung dieser Tatsache vor. Durch die Verringerung der Zahl der Einwohner, durch die Schwächung ihrer Steuerkraft werden die städtischen Ausgaben nicht geringer. An der Beleuchtung und Reinigung der Straßen, an der Instandhaltung der Anlagen, an den Kosten, die das Verkehrswesen, die Pflasterung usw. verursachen, kann auch nicht ein Heller erspart werden — wenn nicht die Stadt auch äußerlich die Züge des Verfalles aufweisen und ihre Erwerbsaussichten schmälern soll. Die Last verteilt sich dann auf eine geringere Anzahl von Schultern, was wieder für viele unerträgliche Lebensverhältnisse schaffen und zu einer erhöhten Auswanderung führen müßte. Die Verschlechterung in der Lage des Gemeinwesens ist dergestalt von übler Rückwirkung auf das Los des einzelnen.

Das Schicksal Wiens ist das Schicksal Deutschösterreichs. Die Entente kann nicht, wie es unter der Einwirkung Frankreichs augenscheinlich ihre Absicht ist, die Existenz des jungen Staatswesens sichern, wenn sie nicht zugleich die Stadt, deren Mauern ein Drittel seiner Bewohner beherbergen, vor den drohenden Gefahren rettet. Mit leeren Trostesworten und frommen Ratschlägen, wie sie in der letzten Zeit in den ausländischen Blättern zu finden waren, ist uns nicht gedient. Wien ist auf werktätige Hilfe, auf finanzielle und wirtschaftspolitische Unterstützung angewiesen. Ob und in welcher Form sie zu erwarten sind, das werden die Bedingungen, die uns in Saint-Germain vorgelegt werden sollen, lehren. Sie werden zeigen, ob die Gemeindebetriebe und Gemeindefinanzen mitten auf der abwärtsführenden Bahn, auf der sie sich jetzt im vollen Laufe bewegen, noch rechtzeitig und wirksam aufgehalten werden können.